

**17310/AB**  
Bundesministerium vom 25.04.2024 zu 17936/J (XXVII. GP)  
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz  
[sozialministerium.at](http://sozialministerium.at)

Johannes Rauch  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

---

Geschäftszahl: 2024-0.178.322

Wien, 17.4.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 17936/J der Abgeordneten Peter Wurm, Dr. Dagmar Belakowitsch an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Finanzpolizei deckt schwerwiegende Verstöße auf - Wie reagiert das für die Gewerbeordnung zuständige BMAW darauf?** wie folgt:

**Fragen 1 bis 7:**

- *Hat die Bundesregierung, insbesondere das BMSGPK, frühzeitige Maßnahmen ergriffen, um derartige Rechtsverstöße auf Baustellen zu unterbinden, insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen im Umgang mit ausländischen Subunternehmen?*
  - a. *Wenn ja, welche?*
  - b. *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Auf welche Weise beabsichtigen Sie sicherzustellen, dass ausländische Arbeitskräfte nicht illegal beschäftigt werden und österreichische Arbeitnehmer nicht durch eine Verdrängung infolge ausländischer Konkurrenz benachteiligt werden?*
- *Angesichts der klaren Verstöße gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz: Welche konkreten Strategien und Maßnahmen planen Sie, um sicherzustellen, dass*

*Arbeitnehmer angemessen entlohnt werden und jegliche Form von Sozialdumping unterbunden wird?*

- *Welche Schritte werden beabsichtigt, um die Kontrolle über Subunternehmen zu verschärfen und sicherzustellen, dass diese nicht dazu missbraucht werden, ausländische Arbeitskräfte illegal zu beschäftigen oder Arbeitsgesetze zu umgehen?*
- *In Anbetracht der Strafen, die in diesem Fall verhängt wurden: Welchen Prozess planen Sie, um sicherzustellen, dass diese Strafen effektiv durchgesetzt werden?*
- *Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass ähnliche Verstöße in Zukunft vermieden werden?*
- *Gibt es konkrete Pläne, die Zusammenarbeit mit den Behörden anderer Länder zu intensivieren, um grenzüberschreitende Verstöße wie im vorliegenden Fall wirksamer zu bekämpfen?*

Ausgehend von der in der Anfrage zitierten Pressemitteilung beziehen sich die Fragen ausschließlich auf Verstöße betreffend illegale Ausländer:innenbeschäftigung, Lohn- und Sozialdumping bzw. gewerberechtliche Vorgaben. Der Vollzug dieser Themen fällt in die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

